

Demonstration ankündigen, die er als „verfehlt und schädlich“ bezeichnete. Er fügte jedoch hinzu: „Ich erachte es gleichwohl als meine Pflicht, zu sagen, daß dieser Schritt ohne schwerwiegende soziale, politische, religiöse wie auch priesterliche Probleme völlig undenkbar gewesen wäre“ (vgl. „Ecclesia“, 7. 12. 68). Die Presse rief er zu „sachlicher Arbeit, Diskretion und christlicher Liebe“ auf.

Sein Programm, das er mit einem relativ jungen Team in kollegialer Weise durchzuführen beginnt, betrifft u. a. die Neustrukturierung der Diözese nach pastoralen Rücksichten, unter Verzicht auf das geographisch-politische Modell. Zu diesem Zweck werden ein Generalvikariat für Seelsorgsfragen, Beratungsstellen für kirchliches und weltliches Recht und eine Pressestelle errichtet sowie bischöfliche Delegierte für die baskisch sprechenden Gebiete berufen. Ein vorläufiges Beratungsteam soll die Wahlen für Diözesan- und Priesterräte vorbereiten, wobei gerade auch die Beteiligung der Laien berücksichtigt werden soll. Die baskische Sprache soll im kirchlichen Leben gleichgestellt werden. Für die Verkündigung soll dem Klerus durch eine Fachkommission sachliche Hilfe angeboten werden, ohne daß dadurch der Themenbereich verpflichtend wird oder von weltbezogenen Problemen unbedingt ferngehalten werden soll. Der neue Administrator wird offenbar in seiner Arbeit von den meisten Priestern unterstützt, die darin eine Hoffnung für die künftige Entwicklung der Diözese Bilbao und in mancher Hinsicht eine Pionierarbeit für die Erneuerung des spanischen Katholizismus erkennen.

### *Reaktion auf den Ausnahmezustand*

Die Stellungnahme der baskischen Bischöfe zum Ausnahmezustand, der am 24. Januar über ganz Spanien verhängt wurde, der aber in der Provinz Guipúzcoa bereits seit sechs Monaten verhängt worden war (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 106), ist erfreulicherweise einhellig. Entgegen der Note der Comisión Permanente des spanischen Episkopats, die auf eine Zustimmung der Kirche zu solch ungewöhnlichen Maßnahmen hinauslief, meldeten die Bischöfe von San Sebastián, Pamplona und Bilbao bald ihre Kritik zu Ausruf, Hand-

habung und Dauer des Ausnahmezustandes an. Bischof *Cirarda* ließ am 9. Februar 1969 einen Hirtenbrief verlesen, in dem er, ohne auf die politischen Gründe dieser Maßnahme einzugehen, die Regierung vor einem Rückfall in die Diktatur warnte und, angesichts der Arbeitskonflikte, für eine echte Beteiligung des Volkes am gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes plädierte. Nebenher gestattete er, für die Angehörigen der Streikenden und Verhafteten bei den Sonntagsmessen Geldsammlungen abzuhalten. Der Erzbischof von Pamplona, *A. Tabera Araoz*, erließ am 13. Februar ein Rundschreiben, in dem er die „Note“ des Episkopats scharf kritisierte und zu bedenken gab, daß zur richtigen Einschätzung der Maßnahme eine normal funktionierende Presse nötig sei, die mit der größtmöglichen Verlässlichkeit über die Ursachen berichtet, die zu solch anormaler Lage geführt haben können. Die öffentliche Ordnung sei nicht das höchste Gut, vielmehr der Weg des Friedens sei durch die Förderung der Menschenrechte zu suchen. Nach den Worten des neuen Bischofs von San Sebastián, *J. Argaya Goicoechea*, hat der Ausnahmezustand vor allem zu Verhaftungen, Deportierungen und schwerem wirtschaftlichem Schaden geführt. Das soziale Leben, so stellt er weiterhin in seinem Hirtenbrief fest, der am 23. Februar 1969 verlesen wurde, müsse auf dem Respekt vor den Grundrechten des Individuums und der gesellschaftlichen Gruppen basieren. Andersdenkende dürften nicht ausgeschlossen werden. Auch er gestattete, für die Familien der Betroffenen Sonntagskollekten abzuhalten.

Diese jetzt weitgehende Einstimmigkeit der baskischen Bischöfe unter sich und die Einigkeit, die die Bischöfe der Konfliktdiözesen nach innen, d. h. mit dem Volk und den Gläubigen, durch ein „demokratisches“, alle Gruppen berücksichtigendes Entgegenkommen geschaffen bzw. in die Wege geleitet haben, stärkt ihnen den Rücken gegen die Willkür des Staates und gegen die konservativen Kräfte im spanischen Episkopat. Ob und inwieweit diese Einmütigkeit dem Druck des Staates und des größeren Teils der Bischöfe standhält, ob das Zeugnis trotz Übereinstimmung mit anderen Bischöfen des Landes in die Breite und in die Tiefe geht oder ob es durch die staatlich gelenkten Massenmedien totgeschwiegen wird, bleibt noch abzuwarten.

## *Nachkonziliare Entwicklung in Montreal*

Montreal, obwohl in Organisation und Lebensweise unverkennbar amerikanisch, unterhält wohl von allen amerikanischen Diözesen die engsten Verbindungen zu den geistigen Entwicklungen in Europa. In einer der größten urbanen Agglomerationen beheimatet, erlebt die Diözese die gleichen Spannungen wie die Kirchen in den meisten westlichen Industrienationen. Als Treffpunkt zweier europäischer Kulturen ist das überwiegend französische Montreal (Provinz Quebec) zur Auseinandersetzung mit den Forderungen des Pluralismus gezwungen. Die Kirche von Quebec erlebt die kanadische Identitätskrise in verstärktem Maße: die Auseinandersetzungen auf der Basis ethnischer und sprachlicher Unterschiede. Hinzu kommt der Säkularisierungstrend, der sich jetzt zum erstenmal in der Geschichte der Diözese geltend macht. Schließlich

hat die nachlassende religiöse Praxis auch wichtige Einkommensquellen versiegen lassen. Neuerdings nimmt auch die Zahl der Geistlichen, die sich laisieren lassen, immer mehr zu, die Zahl der Priesterkandidaten hingegen rapid ab. Diese von manchen als dramatisch empfundene Entwicklung hat bei einigen den Verdacht aufkommen lassen, Kardinal *E. Léger* habe mit seinem spektakulären Rücktritt im Herbst 1967 und seinem Entschluß, in die Mission nach Afrika zu gehen, ein „sinkendes Schiff“ verlassen. Die katholische Gemeinschaft wurde durch seine Entscheidung tatsächlich irritiert, die Nichtkatholiken zeigten sich ebenfalls enttäuscht. Ein römischer Korrespondent vermutete sogar einen Zusammenhang mit der schon damals zu erwartenden Stellungnahme Pauls VI. über die Frage der Geburtenregelung (vgl. „New Yorker“,

2. 1. 68). Andere vermuteten kuriale Pressionen, ein Argument, das aus der auch in Kanada auffälligen „Vertrauenskrise“ gegenüber Rom erwachsen ist. Die meisten Katholiken sind jedoch überzeugt, daß der Kardinal erst dann seinen Entschluß gefaßt hat — und zwar aus Sorge um die Dritte Welt —, als er die Erneuerungsbewegung bereits weit genug vorangetrieben hatte. Seine Ungeduld bei administrativen Details mag seinen Entschluß gefördert haben.

Von den drei Millionen Einwohnern Montreals sind die Hälfte Katholiken. Die 100 000 englischsprachigen Katholiken werden von 34 Nationalpfarreien betreut. Die Immigranten haben sich so weit integriert, daß z. B. etwa 125 000 Italiener nur fünf Nationalpfarreien besitzen. Solche bestehen auch für Polen, Litauer, Ungarn, Deutsche und Slowaken. Der Jurisdiktion der Diözese unterstehen ferner eine Reihe von Pfarreien für die Gläubigen der östlichen Riten. Die 923 Diözesan- und 1398 Ordensgeistlichen sind naturgemäß überwiegend französischsprachig, ebenso wie die 10 410 Ordensfrauen und 1240 Brüder. (In Gesamtkanada sind 30 Prozent der Bevölkerung französischer, 44 Prozent englischer und irischer Herkunft). Von den 20 Millionen Kanadiern sind etwa 9,3 Millionen Protestanten (vor allem in der United Church und der Anglican Church of Canada) und 8,4 Millionen Katholiken.

Über die religiöse Praxis bestehen keine genauen Statistiken, sie dürfte in der Erzdiözese Montreal jedoch bei 50 Prozent, in vielen Pfarreien aber weit darunter liegen. Der merkliche Rückgang in den letzten Jahren hängt wohl auch mit dem schwindenden konfessionellen Gebotsdenken zusammen. Bezeichnend dafür sind die Verhältnisse am Loyola College, dem von Jesuiten geleiteten akademischen Zentrum der englischsprachigen Katholiken. In den dort herausgegebenen „Loyola News“ (15. 9. 68) war zu lesen, es sähe im College recht düster aus, wollte man zur Beurteilung der religiösen Situation nur die Erfüllung der Kirchengebote zum Maßstab nehmen. Auch die Bezeichnung „katholisch“ wurde im College im November 1968 heftig diskutiert. Während sie von den verantwortlichen Leitern verteidigt wurde, lehnten sie andere angesichts der Anwesenheit zahlreicher Nichtkatholiken als „unrepräsentativ“ ab (vgl. „Montreal Star“, 23. 11. 68). Der Studentenfarrer war der Meinung, es handle sich heute, obwohl das College juristisch eine katholische Institution sei, um ein „secular campus“.

### „Strukturen für den Dialog“

In den Bemühungen um institutionelle seelsorgliche Erneuerungen dürfte Montreal gegenwärtig den meisten amerikanischen Diözesen vorausseilen. In Zusammenarbeit mit dem Direktor des sozialwissenschaftlichen Departments an der Katholischen Universität in Montreal, N. Lacoste, der auch eine große Universitätspfarreie leitet, wurde die Diözese nach geographischen und soziologischen Gesichtspunkten in 20 Zonen (Bezirke) eingeteilt, die jeweils 8 bis 13 Pfarreien umfassen. Von dieser Neuordnung sind bislang erst die Geistlichen und die pastorale Rahmenplanung betroffen, für die Neuerfassung der Gemeindeglieder ist der Prozeß langwieriger. Das gilt auch für die Tätigkeit des Pastoralrats, der noch nicht voll konstituiert ist. Auch die Bildung eines Priesterrats ist erst vor dem Abschluß. Die Priester der einzelnen Zonen treffen sich aber bereits monatlich zu Erfahrungsaustausch

und Planung pastoraler Unternehmungen. In allen Zonen leben auch kleinere Gemeinschaften von Ordensfrauen außerhalb des Konvents. Eines der Fernziele ist die Errichtung von Pastoralräten auf Bezirksebene.

Obwohl in Kanada das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat gilt, werden im französischen Teil der Provinz Quebec, zu der Montreal gehört, die Pfarreien vom Staat als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt. Für ihre Verwaltung müssen von Staats wegen neben dem Pfarrer sechs Vorstände (ähnlich unseren Stiftungsräten) gewählt werden. Diese bilden vielfach den institutionellen Ansatz für die Konstituierung der Pfarrgemeinderäte. Jedoch erfordern diese strukturellen Veränderungen noch weiteres Umdenken, das von Laien und Klerus noch recht zögernd vollzogen wird. Lacoste ist optimistisch gegenüber diesem Prozeß der Neuorientierung, den er als eine „Lehrzeit für die Freiheit“ bezeichnet. Durch die positive Antwort der Kirche auf Tendenzen der Säkularisierung habe man in Kanada einen Zusammenstoß mit dem Staat vermieden. Die Kirche werde ihr künftiges Leitbild nicht in hierarchischen oder juristischen Strukturen sehen, sondern in ihrem Glauben, „der weniger auffällig, aber dynamischer sein wird“. Die Kirche wird die Mobilität symbolisieren, ebenso wie sie früher ein Symbol der Stabilität gewesen ist... Sie wird immer offener für den Wandel in der Liturgie, den Verbänden, ihren Begegnungen und Dialogen (nach: One Church, Two Canadas?, hrsg. von Ph. Le Blanc OP und A. Edinborough, Longmans, Toronto 1967).

### Informationen für Priester und Laien

In zahlreichen Kursen wird den Priestern die Möglichkeit geboten, sich mit den theologischen Entwicklungen vertraut zu machen und mit einem neuen Priesterbild konfrontiert zu werden. Jüngere Geistliche können für Fortbildungskurse in der Universität freigestellt werden oder an den Veranstaltungen des Instituts für pastorale Fortbildung teilnehmen, das von Dominikanern geleitet wird. 90 Laiengruppen aus allen Bezirken der Diözese nehmen an katechetischen Kursen teil, die nach den Worten des Direktors des katechetischen Instituts, H. Leclerc, „das Wesentliche der christlichen Botschaft“, nicht einfach die traditionellen Lehrinhalte vermitteln sollen. Man erhofft sich davon ein neues Verhältnis des Christen gegenüber seinen Aufgaben in der Welt, einen neuen Geist in den Gemeinden und Familien. Einer Schwierigkeit begegnen die Gemeinden in dem Mangel gebildeter und einsatzfreudiger Laien, da die neuen Aufgaben der Pfarrgemeinderäte nicht mehr von bloß traditionell frommen und wohlmeinenden Katholiken übernommen werden können. Die Pfarrgemeinderäte sollen das Basiselement der „Dialogstrukturen“ werden, von dem aus die Pastoralräte der Bezirke und schließlich der Diözese beschiedt werden. Die Ordinariatsvertreter sollen — dies ist wohl die entscheidendste Maßnahme — dann nicht mehr nur dem Bischof, sondern auch dem Diözesanrat verantwortlich sein.

Eine Bestätigung, daß Erzbischof Grégoire den Reformbestrebungen von Kardinal Léger folgt, war für viele Katholiken die Berufung des vierundvierzigjährigen J. M. Lafontaine zum Generalvikar mit dem Titel eines Generalkoordinators für die Pastoral. Lafontaine war früher Generalsekretär des Episkopats der Provinz Quebec. Viele hatten sich ihn zum Nachfolger Légers gewünscht. Erzbischof Grégoire hatte sich aber als Weih-

bischof unter Léger seit 1961 als guter Administrator erwiesen. Die Verhältnisse im französischsprachigen Kanada sind ihm vertraut. Er tritt nun bereits aus dem Schatten seines Vorgängers heraus.

Aber auch in Montreal verläuft die Erneuerung nicht gänzlich reibungslos. Da die Hierarchie auf „repressive“ Maßnahmen gänzlich verzichtet, gedeiht in einigen Gemeinden manche Übertreibung. Ein Beispiel dafür ist die Pfarrei St. Maurice in Montreal. Ihr Pfarrer lehnte aus theologischen Gründen alle „weltlichen“ Verantwortlichkeiten ab. Daraufhin hat sich der Gemeinderat dieser angenommen. Die erste Folge war, daß die Sonntagskollekte abgeschafft wurde. Als Ersatz führte der Pfarrgemeinderat eine Art Zehntabgabe ein. Aus sozialen Gründen und „um die Sünden der Simonie wiedergutzumachen“, wurden auch die Meßstipendien abgeschafft. Wer eine Messe nach seiner Intention lesen lassen will, solle „nichtkonfessionellen Organisationen“, wie dem Roten Kreuz oder der UNICEF, eine Spende übergeben. Außerdem will die Pfarrei nicht mehr die übliche fünfprozentige Abgabe der Einnahmen an das Ordinariat entrichten, um dadurch eine offene Buchführung der Diözese zu erzwingen. Die einen halten nun dafür, solche Maßnahmen könnten der Errichtung demokratischer Strukturen dienlich sein, die anderen argumentieren, die Hierarchie könne unter Umständen eine „christlichere“ Entscheidung treffen als eine Laienmehrheit. Das Vertrauen zur Amtskirche ist, wie schon erwähnt, auch in Montreal angekränkt. Dieser Prozeß hat zeitgeschichtliche Wurzeln. Der Vorgänger Kardinal Légers, Erzbischof J. Charnonneau, mußte seinerzeit aus „gesundheitlichen Gründen“ demissionieren. Die Bevölkerung bezeichnete diese Begründung als glatte Lüge, denn sie wußte, daß ihr Bischof, der sich durch Kritik an der Regierung und die Verteidigung des Streikrechts unbeliebt gemacht hatte, mit Zustimmung des damaligen Apostolischen Delegaten, des heutigen Kardinals Antonutti, dem harmonischen Verhältnis von Kirche und Staat geopfert wurde.

### *Erstaunliche Anpassung*

Mit dem jüngeren Klerus ist auch in das Ordinariat eine erfrischende Offenheit eingedrungen. Wohl das einzige Thema, das immer noch nicht öffentlich diskutiert werden kann, ist die Frage nach der Zahl der Priester, die sich laisieren lassen. Auch in Montreal ist die Priesterfrage in den letzten Jahren akut geworden. 1965 befanden sich 270 Studenten im Diözesanseminar, 1967 noch 37, im September 1968 nur 23. Nach Aussagen des Erzbischofs verliert die Diözese jährlich durch Todesfall doppelt so viele Priester, als sie Neupriester gewinnt.

Noch anfangs der sechziger Jahre war die Kirche in Montreal eine mächtige Institution. Sie kontrollierte Schulen und Krankenhäuser und war in manche politische Angelegenheit verstrickt. So konnte damals dem heutigen Premier dreimal eine Professur an der (Päpstlichen) Universität Montreal verweigert werden, da man Zweifel an seinen politischen Überzeugungen hegte. Es ist gerade deshalb erstaunlich, daß die Kirche in so kurzer Zeit sich der neuen Situation angepaßt hat und auch in den eigenen Reihen auf Pressuren verzichtet. Den Lehrern an der Universität von Montreal wird kein Glaubensbekenntnis mehr abverlangt, viele sind sogar als Agnostiker bekannt. Nur noch die theologische Fakultät kann im eigentlichen Sinn als katholisch bezeichnet werden. Daß es in Montreal keine „underground church“

gibt, ist wohl eine Folge dieser Offenheit, mit der Kardinal Léger und Erzbischof Grégoire Neuerungen begehen. Liturgische Reformen wurden nicht verschleppt, der von Rom gesetzte Rahmen wird extensiv ausgefüllt. In einigen Kirchen geht man in der liturgischen Gestaltung bereits über den gesetzlichen Rahmen hinaus, aber auch den „Traditionalisten“ werden lateinische Messen zugestanden.

Bezeichnend für das gewandelte Verhältnis zur Gesellschaft ist eine Stellungnahme der kanadischen Hierarchie zur Neuregelung der Gesetze über die Ehescheidung (Text in „La Documentation Catholique“, 17. 9. 67). Von einer Regierungskommission um ihre Meinung gefragt, antworteten die Bischöfe mit einer Darlegung der katholischen Auffassung von der Ehe, fügten jedoch hinzu, daß die Zulassung der Ehescheidung über den Fall des Ehebruchs hinaus (wie bis dahin üblich) im Sinne des Gemeinwohls sein könne und daß sich die Bischöfe deshalb einer Revision des Gesetzes nicht widersetzen würden. Sie warnen jedoch vor einer „maßlosen Ausweitung der Motive“, weil damit die Eheprobleme nicht gelöst werden könnten. Die meisten Priester begrüßen die neuen Gesetze als einen „Akt der Gerechtigkeit gegenüber den Nichtgläubenden“, der im Einklang mit dem Dekret über die Religionsfreiheit stehe. Die Kirche begrüßt außerdem, daß sie nicht mehr die Ehen von all jenen einsegnen muß, die sich von ihr abgewandt haben.

### *Neues Verhältnis von Kirche und Gesellschaft*

Auch im Verhältnis von Kirche und Schule ist, wie in der gesamten Provinz Quebec, ein deutlicher Wandel festzustellen, der sich auch auf den Religionsunterricht erstreckt. Auf Wunsch der Eltern können auch katholische Volksschüler vom Religionsunterricht fernbleiben, in den Gymnasien können die Schüler selbst zwischen Religionsunterricht und einem Kurs über allgemeine ethische Fragen wählen. Diese Regelung wurde auch vom katholischen Komitee beim „Superior Council of Education“ gebilligt. Die Studenten des Diözesanseminars besuchen heute mit den Ordensangehörigen die gleichen Vorlesungen an der Universität. Wie anderswo beteiligen sich auch hier Theologiestudenten an studentischen Protestaktionen. Der Aufnahme ins Seminar geht generell eine psychologische Untersuchung voraus.

Die englischsprachige Minderheit ist besorgt wegen der geplanten Neuregelung des Schulwesens, die nach Sprachgruppen, nicht wie bisher nach der Konfession erfolgen soll. Schließt sich die katholische Gruppe den englischsprachigen Protestanten an, so verlieren ihre Schulen den katholischen Eigencharakter, gehen sie mit den französischen Katholiken zusammen, verlieren sie ihre Sprache. Ein Kompromiß, der die Ansprüche von Sprache und Konfession zum Ausgleich bringt, ist noch nicht gefunden, wird aber für die Zukunft für möglich gehalten. In der Auseinandersetzung zwischen den ethnischen Gruppen ist die Hierarchie um Ausgleich bemüht. Dennoch war bisher die trennende Kraft der Sprache wirksamer als das einigende Band der Religion. Die englischsprachigen Katholiken von Montreal bilden nicht nur eine sprachliche Minderheit, sondern führen ein ausgeprägtes Eigenleben in der Diözese. Bisher haben sie die Aufgabe, die Kardinal Léger ihnen gestellt hat, „Brückenbauer“ zu sein zwischen den französischsprachigen Katholiken und den übrigen Kanadiern, bisher jedenfalls noch kaum erfüllt.